

„Kölnische Zeitung“

in Nr. 98 vom Sonnabend, den 6. Februar 1926.

Verstaatlichung der Wirtschaft.

Dem Preussischen Landtag lag kürzlich ein Gesetzentwurf über die Bewilligung eines Kredites von 150 Mill. Mark vor. Von diesen 150 Mill. Mark sollen rund 70 Mill. bereits verausgabt sein, der Rest soll erst noch verausgabt werden. Während ursprünglich die Gelder ohne nähere Begründung bewilligt werden sollten, hat die Regierung jetzt eine Aufstellung gegeben, wie die Gelder verwandt werden sollen. Sie hat hierbei rund 53 Mill. Mark für den Ausbau der preussischen Elektrizitätswirtschaft verlangt, im ganzen sind zwar rund 74 Mill. Mark angefordert worden, hiervon sind jedoch 20 Mill. Mark bereits verausgabter Beträge für den Erwerb der Siemens-Elektrischen Betriebe und der RWE-Aktien aus der Entschädigung des Reichs für verloren gegangenes Staatsvermögen verrechnet worden. Von dem Rest sind bereits an die Elektrizitätsunternehmungen Preußens für Kapitalerhöhungen und als Darlehen 33 Mill. Mark verausgabt, während als Geldbedarf für 1926 für Bauten dieser Unternehmungen rund 21 Mill. Mark neu angefordert werden. In der Begründung wird dabei grundsätzlich das elektrowirtschaftliche Programm der Staatsregierung besprochen. „Ein staatliches Monopol soll nicht angestrebt werden“, jedoch soll der Staat „Einfluß auf die Stromversorgung unter Wahrung aller privater und kommunaler Interessen nehmen“. Es soll dabei eine „Zersplitterung“ „bedeutender deutscher Wasserkräfte“ verhindert werden. Zwecks Rationalisierung sollen große Zusammenschlüsse erfolgen und „die Stromerzeugung dem jeweils am wirtschaftlichsten arbeitenden Werk übertragen werden“. Unter möglichster „Ausschließung unnützer Zwischengewinne“ soll eine Verbilligung des Strombezugs herbeigeführt und „unversorgte Landesteile“ sollen erschlossen werden, indem gleichzeitig „Einheitstarife“ eingeführt werden sollen, „ohne Beseitigung der Standortvorteile“.

Offenbar soll mit diesem Programm der Ausbau der staatlichen Elektrizitätswirtschaft, die sich auf der Ederaltalperre und den Weser-Wasserkräften aufbaut, und der Weser entlang sich ausbreitet, gerechtfertigt werden, denn sie verschlingt außerordentlich große Mittel, ohne bisher rentabel zu sein. Nun kann man an und für sich noch Verständnis dafür haben, wenn der Preussische Staat die Unternehmungen, die er einmal besitzt, auch weiter ausbauen will, damit sie allen Anforderungen gerecht werden können. Unverständlich muß es jedoch erscheinen, wenn in heutiger Zeit der außerordentlichen Kapitalknappheit und bei dem Zustande der Finanzen, über den sich der Finanzminister selbst am meisten und ständig beklagt, der Preussische Staat die Bewilligung von Mitteln nicht für rentable Unternehmungen, sondern für Neuerwerbungen verlangt, durch die eine Verbesserung der Wirtschaft nicht eintritt und deren innerer Zusammenhang mit dem von ihm verkündeten Pro-

gramm nicht ersichtlich ist. Es ist immer wieder, und trotzdem offenbar noch nicht genügend, darauf hingewiesen worden, wie schlecht es der Wirtschaft geht und wie es ihr an den nötigsten Mitteln fehlt und daß unbedingt der Steuerdruck, der auf ihr lastet, erleichtert werden muß, wenn nicht immer mehr Zusammenbrüche erfolgen sollen. Um wie viel mehr muß danach vom Staat selbst verlangt werden, daß er Anleihemittel nur dort aufwendet, wo eine neue Belastung der Steuerzahler nicht zu erwarten ist und nicht dort, wo eine Verbesserung der Wirtschaft durch den Aufwand der Mittel in keiner Weise erzielt wird. Es mag noch dahingestellt bleiben, ob der Erwerb des Stinnes-Pakets von RWE-Aktien notwendig war, da es wahrscheinlich eine entsprechende Verzinsung bringen kann, ebenso der kürzliche Erwerb der Aktien der Siemens-Elektrischen Betriebe zu dem hohen Preis von 125 Prozent unter Ablösung einer noch mehrere Jahre laufenden Schweizer Frankenschuld. Diesen letzteren Erwerb wird man schon bedeutend kritischer ansehen müssen, weil eine Rentabilität der aufgewandten Mittel offenbar nicht erst zu erwarten steht.

Unverständlich bleibt es jedoch, wenn jetzt gemeldet wird, daß der Preussische Staat in der Verstaatlichung einen bedeutsamen weiteren Schritt getan habe, indem er drei Viertel des Aktienkapitals der Braunkohlen-Industrie-Aktiengesellschaft „Zukunft“ in Weisweiler erworben habe. Es handelt sich hierbei um einen Betrag von über 10 Mill. Mark. Dabei ist besonders bemerkenswert und erstaunlich, daß in der jetzigen Vorlage der Regierung nichts von diesem Erwerb zu finden ist. Offenbar fragt man den Landtag um solche Erwerbungen nicht, sondern pflegt ihn wie bisher vor vollendete Tatsachen zu stellen, denn in den oben angegebenen angeforderten Mitteln ist kein Betrag für diesen Erwerb angeführt. Es muß um so mehr gefragt werden, ob es wirklich heute Aufgabe des Staats ist, derartige große staatliche Mittel zu benutzen, um die Wirtschaft zu verstaatlichen, denn ein Zweck ist nicht ersichtlich. Das Gegenteil ist der Fall. Bis jetzt hat sich die Elektrizitätswirtschaft im Westen Preußens vollkommen selbständig und aus eigenen Mitteln unter Mitwirkung der Kommunalverbände entwickelt. Die öffentlichen Belange sind bisher hinreichend durch die Kommunalverbände gewahrt worden. Will etwa der Staat diesen die Elektrizitätswirtschaft aus den Händen nehmen? Wozu übernimmt er sonst ein privates Unternehmen, das ein kommunales Kraftwerk auf einer Braunkohlengrube bei Weisweiler gepachtet hat und pachtweise die Hochspannungsneße der Kreise Düren, Aachen und Schleiden betreibt, ein Unternehmen, das in seinem wirtschaftlichen Ausbau sicherlich nicht zu den stärksten im Rheinland gehört, da ihm die auf dem Hauptzug der rheinischen Braun-